

Sehr geehrte Frau Busch,

vielen Dank für ihre Anfrage bzgl. Sonn- und Feiertagsschutz in Deutschland.

1.) Wollen Sie im Falle Ihrer Wahl auf eine a) Ausdehnung, b) Beibehaltung oder c) Reduzierung der derzeitigen Ausnahmeregelungen für Sonn- und Feiertagsarbeit hinwirken? Was sind Ihre Argumente für diese Position?

(c)

Im Falle meiner Wahl werde ich auf eine Reduzierung der derzeitigen Ausnahmeregelungen für Sonn- und Feiertage hinwirken. Es ist notwendig einen Ausgleich zur Arbeit zu haben um Menschen die Möglichkeit zu geben sich zu erholen, aber auch um ihnen Freiräume zu verschaffen sich mit anderen Dingen als der bloßen Erwerbsarbeit zu beschäftigen. Das natürliche Bedürfnis des Menschen nach Erholung, Muße und Freizeit braucht natürlich gemeinsame Ruhezeiten. Ein wirksamer Sonn- und Feiertagsschutz und die Begrenzung der Ladenöffnungszeiten dienen deshalb der humanen Qualität unserer Gesellschaft. Sonn- und Feiertage sowie der Feierabend verschaffen allen die notwendige Zeit der Erholung, der Begegnung, der Besinnung und der Lebensgestaltung. Das Erleben gemeinsamer freier Zeit in den Familien, mit Freunden, Verwandten und Bekannten, das Engagement im Ehrenamt ist auf gemeinsame freie Zeit angewiesen.

Im Grundgesetz steht nicht umsonst: "Der Sonntag und die staatl. anerkannten Feiertage bleiben als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung gesetzlich geschützt."

Ich halte das für sehr wichtig und setze mich dafür ein, dass dies nicht weiter aufgeweicht wird bzw. die Tendenz der letzten Jahre umgekehrt wird.

2.) Für welche konkreten Maßnahmen werden Sie beim Thema Sonntagsschutz eintreten?

Aus meiner Sicht muss wieder eine gemeinsame bundesweite Lösung her. Wohin die Kompetenzverlagerung auf die Länder geführt hat, haben wir in den letzten Jahren erlebt: Zu einem Wettlauf um den schwächsten Sonntagsschutz. Dieser Trend muss umgekehrt werden.

Außerdem ist es notwendig die Bundesländer – solange sie die Zuständigkeit in diesen Fragen haben – ebenfalls an das Grundgesetz zu binden. Sonntagsarbeit sollte nicht über die notwendigen Tätigkeiten die der Grundversorgung dienen hinausgehen.

Grundsätzlich ist dieses Problem aber eines, welches auch in größerem Kontext zu betrachten ist: Wir haben in Deutschland eine hohe Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig erfahren wir wie in vielen Branchen Menschen zu Niedriglöhnen und zu hohen Stundensätzen arbeiten müssen. Ein Konkurrenzkampf um Arbeitsplätze findet statt und wird durch politische Entscheidungen weiter forciert. Ich bin der Überzeugung, dass das Prinzip und die Politik der Förderung bedingungslosen Wettbewerbs in eine falsche Richtung geht. Es ist wieder notwendig eine generelle Debatte über die Verteilung von Arbeit zu führen. Arbeit muss wieder fair verteilt werden. Wofür ich mich einsetze, ist eine Gesellschaft, die es nicht nötig hat, ihre Mitglieder in einen permanenten Wettkampf jeder gegen jeden zu schicken - eine Gesellschaft in der Mindestlöhne und gute Arbeitsbedingungen eine Selbstverständlichkeit sind und die aufhört, wirtschaftliche und soziale Krisen auf dem Rücken der Schwächsten auszutragen. Natürlich lassen sich solche Ziele nicht von heute auf morgen umsetzen. Entscheidend aber ist, dass wir die Richtung ändern und den Weg zu einer solchen Gesellschaft einschlagen. Und deshalb müssen diese Debatten auf die Tagesordnung gebracht werden.

3.) Würden Sie die Forderung nach einer restriktiven bundeseinheitlichen Regelung für Sonntagsöffnungen im Einzelhandel unterstützen?

Ja, unbedingt!

Mit freundlichem Gruß,

Mike Nagler